

59. ORD. BUNDESPARTEITAG DER FDP, München, 31.Mai-01.Juni 2008

Seite 1

ANTRAG NR.

Zeile

1 **Betr.: Privatwirtschaftliche Absatzförderung in der Land- und**
2 **Ernährungswirtschaft statt „Zwangsabgabe“!**

3

4

5 **Antragsteller: BFA Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

6

7

8 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

9

10 Die Märkte für agrarische Rohstoffe boomen weltweit. Damit steigen unweigerlich die Preise für
11 Lebens- und Genussmittel wie Milch, Butter, Schokolade, Brot, Bier, etc. Die stetig wachsende
12 Weltbevölkerung, die zunehmende Flächenkonkurrenz bei der Produktion von Lebensmitteln und
13 nachwachsenden Rohstoffen und der Klimawandel verstärken diesen Trend zusätzlich. Damit
14 gehören die früheren Milchseen und Butterbergen der alten EU-Agrarpolitik endgültig der
15 Vergangenheit an.

16 Angesichts dieser Entwicklung von Angebots- zu Nachfragemärkten im Agrar- und Ernährungssektor
17 ist es fraglich, ob der Absatzfonds inklusive der dazugehörigen Durchführungsgesellschaften, nämlich
18 der Centralen-Marketing-Gesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft (CMA) und der Zentralen Markt-
19 und Preisberichtsstelle GmbH (ZMP), die die Landwirte und die Ernährungswirtschaft Jahr für Jahr 90
20 – 100 Mio. Euro kosten, noch benötigt wird.

21

22 Für die FDP heißt die Antwort: Ja. Wir sind der Auffassung, dass gerade vor dem Hintergrund der
23 rasanten Veränderungen auf den Weltagrarmärkten die Exportförderung zu einem schlagkräftigen
24 Instrument ausgebaut werden muss. Es ist unbestritten, dass die Exportanstrengungen insbesondere
25 auf den boomenden asiatischen Märkten verstärkt werden müssen. Von einem höheren Export
26 profitieren die Land- und die Ernährungswirtschaft. Hier müssen die CMA und die Bundesregierung
27 deutlich größere Anstrengungen unternehmen, um den Absatz deutscher Produkte im Ausland zu
28 verbessern.

29

30 Die FDP hat erhebliche ordnungspolitische Zweifel an der von den Landwirten und Teilen der
31 Ernährungswirtschaft erhobenen „Zwangsabgabe“ in Höhe von 90 – 100 Mio. Euro im Jahr. Da die
32 CMA sich aus parafiskalischen Abgaben finanziert hat eine solche Einrichtung nicht dieselbe Freiheit
33 hinsichtlich der Förderung der inländischen Erzeugung, wie die Erzeuger oder freiwillige
34 Erzeugergemeinschaften.

35 Zusätzlich haben CMA, Absatzfonds und ZMP die ihnen auferlegten Aufgaben vor allem aus Sicht der
36 Beitragszahler über viele Jahre nicht effizient genug erledigt und deshalb erheblichen Unmut unter
37 den Landwirten hervorgerufen. Dieser Unmut hat zu Klagen gegen das Absatzfondsgesetz geführt,
38 die vor dem Bundesverfassungsgericht anhängig sind. Die Entscheidung des
39 Bundesverfassungsgerichts wird für Ende 2008 bzw. Anfang 2009 erwartet.

40 Bereits zwei Berichte des Bundesrechnungshofes aus dem Jahre 2006 zur Arbeit von CMA und
41 Absatzfonds stellen deren Arbeit und Berechtigung grundsätzlich in Frage. Zentrale Kritikpunkte des
42 Bundesrechnungshofes sind europarechtliche Bedenken, fehlende Evaluierungen zur Effizienz des
43 Mitteleinsatzes und Vorwürfe der Geldverschwendung und Missmanagement.

44

45 Diese Kritik hat die FDP zum Anlass genommen, das Thema auch parlamentarisch zu hinterfragen.
46 Wir haben privatrechtliche Alternativen zur Diskussion gestellt, wie sie bereits heute in anderen
47 Bereichen und Ländern erfolgreich genutzt werden, um die Wettbewerbsfähigkeit und den Absatz von
48 Produkten der deutschen Land- und Ernährungswirtschaft tatsächlich zu verbessern. Es wird immer
49 deutlicher, sollen CMA, Absatzfonds und ZMP die zukünftigen Herausforderungen erfolgreich
50 meistern, führt kein Weg an einer grundlegenden Reform an „Haupt und Gliedern“ vorbei. Kostbare
51 Zeit für eine moderne und schlagkräftige Ausrichtung der Absatzförderung in Deutschland wurde
52 vertan. Deshalb sind die Reformansätze der CMA grundsätzlich zu begrüßen, insbesondere die

59. ORD. BUNDESPARTEITAG DER FDP, München, 31.Mai-01.Juni 2008

Seite 2

ANTRAG NR.

Zeile

1 Absicht künftig durch einen Geschäftsbericht für Transparenz zu sorgen. Das gilt unabhängig von der
2 Frage, welche Rechtsform zukünftig zum Tragen kommen wird. Die jetzt eingeleiteten Reformschritte
3 sind überfällig, um die Geschäftsfähigkeit der Organisationen zu gewährleisten.
4

5 Folgende Forderungen müssen zukünftig für eine schlagkräftige Absatzförderung heimischer
6 Lebensmittel durch eine „**Dienstleistungsgesellschaft für die deutsche Land- und**
7 **Ernährungswirtschaft**“ erfüllt werden:
8

- 9 1. Im Mittelpunkt aller Reformanstrengungen muss die Schaffung einer schlagkräftigen
10 Absatzförderung für deutsche Agrarprodukte im In- und Ausland stehen. Dabei muss die
11 Position der Landwirte als größte Beitragszahler deutlich verbessert werden. Es kann nicht
12 sein, dass die Landwirtschaft die Marketingkosten und den Absatz der Ernährungsindustrie
13 subventioniert. Eine Dienstleistungsgesellschaft (CMA) muss sich zukünftig stärker auf
14 Absatzförderungsmaßnahmen konzentrieren, die direkt den Landwirten zu Gute kommt. Dazu
15 gehören insbesondere die Erschließung neuer Absatzmärkte und die Förderung von
16 Zukunftsbereichen unter Einbeziehung der Wissenschaft. Dabei müssen die Verarbeiter und
17 der Handel stärker eingebunden werden
18
- 19 2. Die Transparenz über die effiziente Ausgabe der über die Zwangsabgabe eingenommenen
20 Mittel muss im Interesse der Beitragszahler unter Beachtung des Äquivalenzprinzips
21 gewährleistet sein.
22
- 23 3. Eine Dienstleistungsgesellschaft (CMA) muss die gruppennützige Verwendung der
24 eingezogenen Mittel sicherstellen. Der „Trittbrettfahreneffekt“ (insbesondere auch der
25 ausländischen Importeure) muss im Interesse der heimischen Erzeuger korrigiert bzw. sehr
26 eng begrenzt werden.
27
- 28 4. Die von der CMA über viele Jahre betriebene Eigenwerbung muss kritisch überprüft werden.
29 Im Mittelpunkt zukünftiger Werbekampagnen der CMA darf nicht die
30 Dienstleistungsgesellschaft (CMA) selbst stehen.
31
- 32 5. Die Entscheidungsstrukturen des Absatzfonds müssen verschlankt werden, damit sie
33 effizienter arbeiten können. Vertreter aus Politik und Ministerien pochen auf ein
34 Mitspracherecht. Diese Konstruktion hat sich schlichtweg überlebt. Bauern, die die Beiträge
35 hauptsächlich aufbringen, sollten stärker über ihre Verwendung entscheiden können. Die
36 Meinungsvielfalt in den Gremien führt oftmals zu einer Einigung auf dem „kleinsten
37 gemeinsamen Nenner“. Das wiederum verhindert klare Positionen und verringert vor allem bei
38 Absatz- und Marketingaktivitäten deren Durchschlagkraft.
39
40

Vor diesem Hintergrund fordert die FDP eine Prüfung.

- 41 - ob zukünftig die Absatzförderung für heimische Lebensmittel mit privatrechtlichen
42 Organisationsstrukturen durchzuführen ist, um die Interessen der Land- und
43 Ernährungswirtschaft in Deutschland auch vor dem Hintergrund der rasanten Veränderungen
44 der Weltagrarmärkte möglichst optimal sicherzustellen. Dazu sind sektorspezifische Modelle
45 wie sie bereits heute in anderen Bereichen z. B. der Fischwirtschaft oder anderen Ländern z.
46 B. in den USA im Bereich der Milch erfolgreich genutzt werden, denkbare privatrechtliche
47 Alternativen sind oder
48
49
- 50 - ob durch die Nutzung der Rücklagen der CMA, zukünftigen Beitragsrückstellungen und
51 Haushaltsmitteln ein Stiftungsmodell entwickelt werden kann oder
52
53

59. ORD. BUNDESPARTEITAG DER FDP, München, 31.Mai-01.Juni 2008

Seite 3

ANTRAG NR.

Zeile

1 - ob die bisher von der Land- und Ernährungswirtschaft erhobene „Zwangsabgabe“ mit dem
2 weiteren Abbau der Agrarsubventionen ab dem Jahre 2014 zumindest für den Bereich
3 Exportförderung durch eine Finanzierung über den Bundeshaushalt zu ersetzen, wie dies
4 bereits heute für die übrige Wirtschaft im Haushalt für das Bundesministerium für Wirtschaft
5 und Technologie üblich ist.
6
7

Begründung:

8
9
10 erfolgt mündlich